

OKTOBER '16 / NR. 4

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN

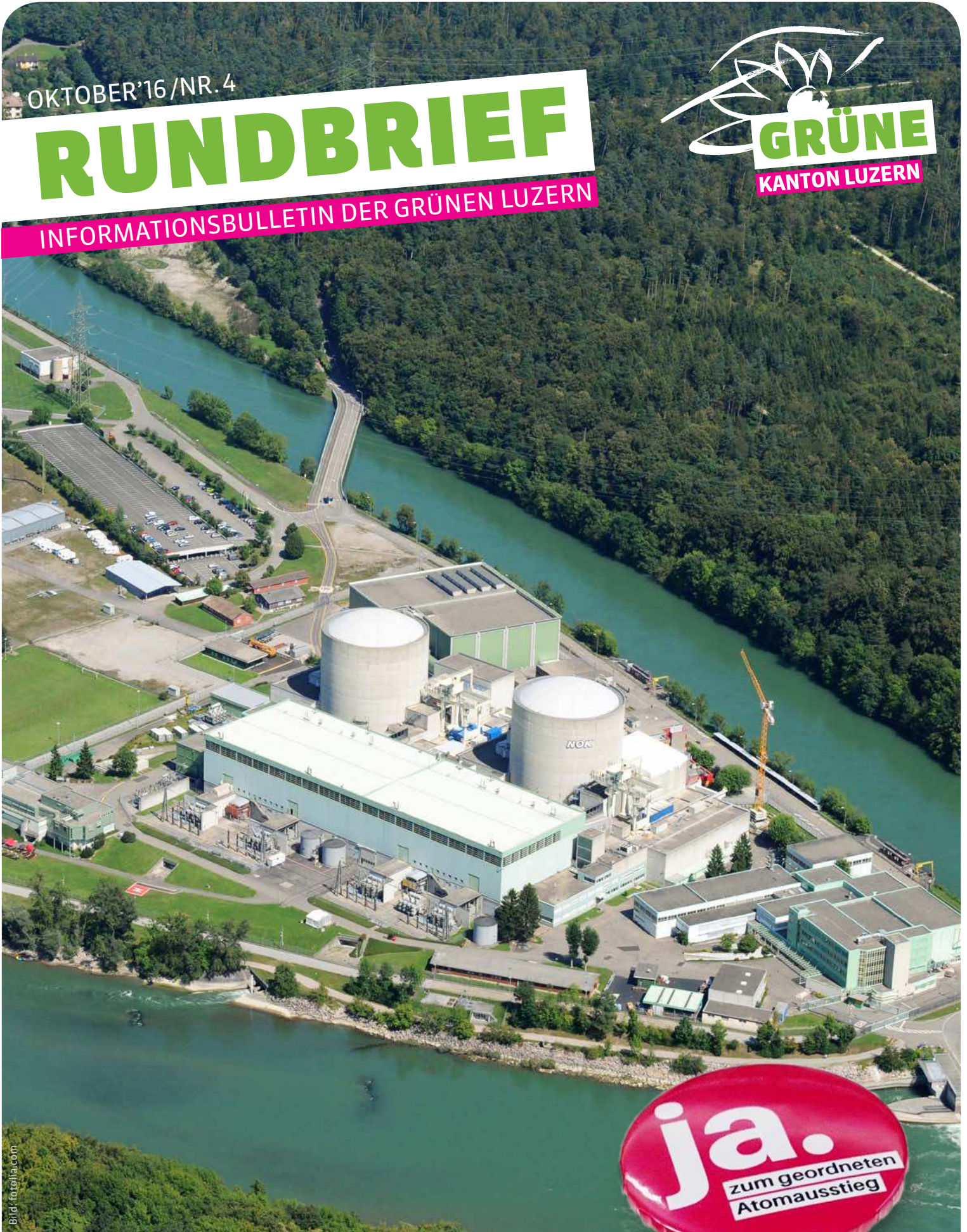


Bild: fotolia.com

› THEMA: DER ATOMAUSSTIEG IST MACHBAR	3
› KANTON LUZERN: INITIATIVE «STEUERERHÖHUNGEN VORS VOLK»	9
› GESUCHT: POLITISCHE/N SEKRETÄR/IN (40%)	15

INHALT

Thema	
Atomausstieg	3
Kanton Luzern	
Aus dem Kantonsrat	8
Steuern	9
Konsolidierungsprogramm 17	10
Junge Grüne	
Neues Co-Präsidium	11
Ortsgruppen	
News aus Emmen	12
News aus Kriens	13
Beromünster:	
Neue Ortsgruppe	14
Internes	
Neubesetzung	
Sekretariatsstelle	15
Agenda/Parolen	16

IMPRESSUM

Rundbrief 4/16
 Informationsbulletin der
 Grünen des Kantons Luzern
 Redaktion: Geschäftsleitung Grüne
 Druck: SWS Medien AG Print
 Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch
 erscheint 4x jährlich
 Auflage: 2400
 Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

EDITORIAL

BITTE AUSSTEIGEN!



Die erste Etappe in diesem Abstimmungserbst ist geschafft. Mit unserer kantonalen Initiative für faire Unternehmenssteuern und unserer nationalen Initiative zur Grünen Wirtschaft haben wir wichtige grüne Anliegen an die Urne und in das Bewusstsein der Stimmenden gebracht.

Das kantonale Abstimmungsergebnis zu unsere Steuerinitiative zeigt, dass sich eine steuergerechte Vernunft im Kanton Luzern – wenn auch nur langsam – im Aufwind befindet. Unsere Kantonsratsfraktion wird sich, dadurch bestärkt, weiter für gerechte Steuern und zukunftsfähige Kantonsfinanzen einsetzen.

Auch wenn es nicht zu einem Sieg für die Grüne Wirtschaft gereicht hat, so haben wir das Bewusstsein für einen ressourcenschonenden Umgang geschärft. Und, liebe Grüne, das ist ein gutes Vorzeichen für die Novemberabstimmungen. Dann nämlich kommt unsere Initiative zum geordneten Atomausstieg an die Urne!

Seit Anfang Jahr wird unter Hochdruck an der Abstimmungskampagne zum geordneten Atomausstieg gearbeitet. Und jetzt beginnt der Schlusspurt. Die letzte Phase soll so richtig heiss werden, damit die Schweiz endlich die Atomreaktoren abkühlen kann! Seid ihr dabei? Wir brauchen alle Unterstützung und alles Engagement, das aufgebracht werden kann: So wird es möglich, unsere nationale Initiative zum geordneten Atomausstieg zu gewinnen.

Warum das so wichtig ist, was die Initiative bedeutet und welche Alternativen zu Atomkraftwerken zur Verfügung stehen, lest ihr auf den folgenden Seiten. Auch findet ihr Informationen zu unseren Aktivitäten im Abstimmungskampf: vieles ist geplant und wartet nur noch auf Umsetzung. Mit uns zusammen engagieren sich viele Organisationen und Parteien tatkräftig für den Atomausstieg, national wie auch kantonal. Zusammen mit euch schaffen wir den Atomausstieg!

Wir wünschen gute Lektüre.

Katharina Meile und Maurus Frey

SCHWERPUNKT: ATOMAUSSTIEG

DER ATOMAUSSTIEG IST MACHBAR

Am 27. November wollen wir einen historischen Sieg feiern – den Ausstieg aus dem Atomstromzeitalter. Was fordert die Grüne Initiative und welche Argumente führen zum Erfolg?

WAS WILL DIE INITIATIVE?

Die Initiative fordert ein Betriebsverbot für neue AKW und für bestehenden AKW setzt sie verbindliche Laufzeiten von maximal 45 Jahren fest. Als letztes AKW würde Leibstadt im Jahre 2029 abgeschaltet. Darüber hinaus fordert die Atomausstiegs-Initiative eine Energiewende, die auf Einsparungen, Energieeffizienz und dem Ausbau der Erneuerbaren basiert.

ÄLTESTER AKW-PARK DER WELT

In der dicht besiedelten Schweiz wären gegen 1 Mio. Menschen des Mittellandes von einem AKW Unfall betroffen. Doch ausgerechnet wir sitzen auf dem ältesten AKW-Park der Welt. Die durchschnittliche Betriebsdauer weltweit beträgt 29 Jahre – die Schweizer AKWs haben zwischen 32 und 47 Jahren auf dem Buckel! Wegen Sicherheitsmängeln müssen sie immer mal wieder vom Netz: Beznau I steht seit März 2015 wegen gravierender Sicherheitsprobleme still.

UNSER STROMMIX HEUTE UND MORGEN

Bereits heute produziert die Schweiz 66 % ihres Stromes ohne AKW, d.h. mit Wasserkraft, Erneuerbaren Energien, Kehrlichtverbrennungsanlagen u.a. Auf der KEV-Warteliste (kostendeckende Einspeisevergütung) stehen 40'000 Projekte, womit wir Beznau I/II und Mühleberg ersetzen können. Bis 2029 müssten wir folglich nur noch 18 % zusätzliche Erneuerbare Energiequellen erschliessen. Unternehmen aus Industrie und Gewerbe sowie Gemeinden und Private stehen bereit, ihren Beitrag an diese Energiezukunft zu leisten und schaffen damit zahlreiche einheimische Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz.

STADT LUZERN

Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 68 % wurde 2011 das neue Reglement für eine reine, nachhaltige, städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik angenommen. Darin wird, nebst der CO₂-Reduktion, auch der Atomausstieg bis 2045 gefordert. Diesen Erfolg gab's dank der Initiative «Strom ohne Atom» der Jungen Grünen!

EWL UND CKW

ewl liefern 42 % Strom aus Atomenergie (2015), bei der CKW sind es 62 % (2014). Beide Unternehmen werben für Erneuerbare Energien und bieten ihren Kunden einen frei wählbaren Strom-Mix an. ewl hat zudem beschlossen ab 2045 ganz auf Atomstrom zu verzichten.

ENDLAGERPROBLEM UNGELÖST

Weltweit gibt es kein sicheres Endlager für radioaktive Abfälle. In der Schweiz sucht die NAGRA seit Jahrzehnten nach einem Endlager – eine Lösung ist nicht in Sicht. Es ist deshalb höchste Zeit, der gefährlichen und unrentablen Atomenergie ein endgültiges Ablaufdatum zu setzen

UNSERE ABSTIMMUNGSKAMPAGNE

Unter der Federführung von uns Grünen hat sich in Luzern ein breites Komitee gebildet, das sich im Abstimmungskampf für ein JA einsetzt:

Grüne, Junge Grüne, SP, Grünliberale, WWF, pro natura, VCS, Greenpeace, AfU, PSR/IPNNW, LGB, Hausverein, Integrale Politik. National engagiert sich ein breites, professionell aufgestelltes Komitee mit über 35 Organisationen.

UNSERE AKTIVITÄTEN

Wir werden auf Plakaten und auf Bierdeckeln präsent sein, wir werden an zahlreichen Standaktionen mit Flyern und «Jodtabletten» für ein JA werben, wir haben Schilder vorbereitet für Velo oder Balkon, wir werden mit Überraschungsaktionen aufwarten und planen eine Film-Vorpremiere.

Peter Bründler, Kampagnen-Koordinator, Atomausstieg

UND WO HILFST DU?

Wir brauchen Dich ... als HelferIn am Stand, als LeserbriefschreiberIn, als ChauffeurIn ... Bitte melde dich auf dem Seki oder fülle unser Kontaktformular aus. Alle Informationen findest du auf unserer Webseite. www.atomausstieg-luzern.ch



SCHWERPUNKT: ATOMAUSSTIEG

WER DEN ATOMMÜLL NICHT WILL, MUSS AUF DIE AKWS VERZICHTEN

Natürlich schafft man, mit dem Ja zur Ausstiegsinitiative am kommenden 27. November, den Atommüll nicht weg, aber immerhin lässt sich das Volumen einigermaßen abschätzen und begrenzen. Dies verhindert, dass nach einem ersten Lagerplatz in der Schweiz nicht noch ein zweiter oder ein dritter gefunden werden muss, an welchem sich der unendlich lang strahlende Müll verbergen lässt. Wenn es dumm geht, kommen die «NAGRAner» in ferner Zukunft wiederum auf die Idee, sich an einen Standort zu erinnern, den sie vor geraumer Zeit unter Aufwendung von Hunderten von Millionen Franken, zum besten der Schweiz hochgeschwatzt haben.

Es kam ja anders als gedacht. Nachdem 1986 ein, gegenüber der Energielobby auffällig dienstbeflissener, Regierungsrat der NAGRA das ganze Kantonsgebiet Nidwaldens für die Suche nach einem Lagerort zur Verfügung gestellt hatte, regte sich in der Bevölkerung Widerstand. Dem **Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner Volkes bei Atomanlagen** (MNA) gelang es, die rechtlichen Voraussetzungen zu erzwingen, welche der Bevölkerung eine Mitentscheidung bei der Lagerfrage sicherten. In der Folge verwarfen die Nidwaldner Stimmberechtigten die Pläne der NAGRA mehrmals an der Landsgemeinde und zweimal an der Urne, worauf die Bundesgesetzgebung so verändert wurde, dass eine verbindliche kantonale Mitsprache jetzt nicht mehr möglich ist. Entgegen den Versprechen des Bundesrates wurde die, mittlerweile national bekannte, hinter Wolfenschiessen gelegene Erhebung «Wellenberg» wiederum in die neu aufgelegte Liste möglicher Standorte in der Schweiz aufgenommen. Wie intensiv die Ableh-

nung des Wellenberg-Projektes unterdessen im Kanton Nidwalden geworden ist, zeigt die Zustimmungsquote zu einer – jetzt – abweisenden Stellungnahme der Regierung: 80 % Ja!

Wenn man die bis dato vorliegenden Daten der jetzt in Evaluation stehenden Standorte vergleicht, fällt auf, wie drastisch der einzige in den Alpen liegende Standort Wellenberg abfällt. Mit Schaudern fragen wir uns, welche Risiken die verantwortlichen Promotoren seinerzeit mit dem Wellenberg in Kauf zu nehmen bereit waren. Wäre unser Widerstand nicht erfolgreich gewesen, das Lager stünde jetzt im Bau!

Uns NidwaldnerInnen wurde im Zusammenhang mit der Ablehnung des Atommülllagers immer wieder St. Florians-Politik vorgeworfen: Tuts nicht hier, machts lieber anderswo. Es liegt in der Natur des Menschen, sich von dem eher betroffen zu fühlen, das sich in unmittelbarer Nähe abspielt: Was kümmert mich schon das Verkehrschaos in Neapel? Trotzdem: Technologien, deren Anwendung grossflächig zerstörende Risiken darstellen bzw. auf menschlich unermesslich lange Zeit lebensgefährliche Reststoffe zurücklassen, gehören nicht nur hier, sondern weltweit verboten. Die Atomkraftwerke zählen dazu – die schrecklichen Beweise heissen Harrisburg, Tschernobyl oder Fukushima. Und morgen? Die Ausstiegsinitiative fordert, wenigstens die Meiler in der Schweiz jetzt, sukzessive und geordnet ausser Betrieb zu nehmen, bevor es zu spät ist.

Peter Steiner
Präsident MNA



SCHWERPUNKT: ATOMAUSSTIEG

ATOMSTROM VON DER REUSS?



Heute konzentriert sich die Schweizer Atomenergieproduktion auf wenige Standorte im Mittelland, insbesondere im Aargau. In Vergessenheit geriet das einstige AKW-Projekt Inwil, das 1971 lanciert und erst 1986 beerdigt wurde.

Nach dem grossen Boom der Wasserkraftwerke setzte die Schweizer Stromwirtschaft ab den 1960er-Jahren auf die Atomenergie. In Beznau und Mühleberg wurden die ersten AKW gebaut, bevor die grösseren Projekte Kaiseraugst, Gösgen und Leibstadt ab 1969 eine starke Opposition hervorriefen. Grosse Teile der Bevölkerung der Stadt Basel und der Landschaft kämpften gegen ein AKW in Kaiseraugst. Fast ebenso einhellig lehnte eine starke Genfer Bewegung das Projekt Verbois vor den Toren der Rhone-Stadt ab.

Als Nachzügler brachten die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) 1971 den Standort Inwil ins Gespräch. Mit einem AKW an der Reuss sollte das Gebiet zwischen Luzern und Zug mit Atomstrom beliefert werden. Das mediale – und politische Echo war zunächst weitgehend positiv. Rechte Luzerner Politiker vertraten auch in den Energiedebatten auf Bundesebene immer eine klar AKW-freundliche Haltung. Doch nicht alle applaudierten den CKW. So waren die Bewohner der Aargauer Nachbargemeinde Dietwil sehr besorgt. 1973 entstand die Überparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke (UeBA) und 1975 die Gewaltfreie Aktion Inwil (GAI). Beide blieben jahrelang aktiv und vertraten die regionale AKW-Gegnerschaft in den eidgenössischen Initiativkomitees und an den landesweiten Kundgebungen.

Nach einer hitzigen Debatte mit einem veritablen Flugblätterkrieg, genehmigte eine knappe Mehrheit

der Inwiler Stimmberechtigten im Juli 1973 die Einzonung des Geländes Schweissmatt. Doch 1974 reihte der Bundesrat die AKW-Projekte in drei Prioritätengruppen ein. Inwil stand auf dem letzten Platz in der dritten Gruppe, womit eine Realisierung in weite Ferne rückte. Und der Konzern Elektro-Watt, zu der die CKW damals gehörten, war vollauf beschäftigt damit, den Bau in Leibstadt den steigenden Sicherheitsanforderungen anzupassen. Als das fünfte AKW der Schweiz 1984 in Betrieb ging, war es das teuerste Kraftwerk, das im Land je gebaut wurde.

Die Katastrophe von Tschernobyl löste 1986 Schockwellen bis nach Luzern aus: Der Grosse Rat stimmte einer Motion des POCH-Grossrats Ruedi Meier zu und beerdigte das AKW-Projekt Inwil endgültig. Das Gelände blieb indes im Besitz der CKW. Diese planten 2011 ein grosses Solarkraftwerk auf der grünen Wiese, bis der Regierungsrat aus raumplanerischen Gründen diesen Plänen eine Absage erteilte.

Trotz den beerdigten Plänen bleibt ein Widerspruch bestehen: Die Zentralschweizer Kantone lehnten bisher alle AKW-kritischen Initiativen ab. Die Versorgung mit angeblich billigem Strom wurde stets über die Sicherheit und das Interesse künftiger Generationen gestellt. Dieses Jahr besteht die historische Chance, die Nutzung der gefährlichen Technologie zu beenden. Deshalb stimmen auch wir Luzerner/innen jetzt JA zum geordneten Ausstieg aus der Atomenergie.

Raffael Fischer
Historiker, Gymnasiallehrer

Ausführliche Darstellung:

Raffael Fischer, Kein AKW an der Reuss. Das nicht realisierte Projekt eines Atomkraftwerks in Inwil, in: Geschichte, Kultur, Gesellschaft (Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Luzern), Jg. 32, 2014, S. 79–102.

INTERVIEW MIT CÉCILE BÜHLMANN, SIFTUNGSRATSPRÄSIDENTIN GREENPEACE SCHWEIZ

EIN RICHTIGER AUSSTIEG IST NUR MIT LAUFZEITBESCHRÄNKUNGEN ZU ERREICHEN



Du blickst auf eine lange politische Tätigkeit zurück und engagierst dich auch heute noch in deiner Eigenschaft als Greenpeace Stiftungsratspräsidentin. Wie kamst du ursprünglich mit dem Thema Atomenergie in Berührung?

Ich wurde durch den Widerstand gegen das geplante AKW Kaiseraugst in den 70er Jahren auf das Thema aufmerksam. Der heftige und lang andauernde Widerstand hat dazu geführt, dass das Projekt schliesslich aufgegeben wurde. Kaiseraugst wurde nie gebaut! Ich beteiligte mich selber an der Demo in Gösgen, es war die erste meines Lebens!

Die Atomenergie galt am Anfang ja fast als Perpeduum Mobile. 1961 ging in Beznau eines der ersten AKW weltweit ans Netz. Wie standen die linken Kreise damals zu dieser Form der Energiegewinnung?

Als ich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre im Lehrerinnenseminar Baldegg war, erzählte uns unsere Physiklehrerin, Schwester Augustine Rosenberg, mit glänzenden Augen von Beznau und wie die Schweiz mit diesem ersten Atomkraftwerk der Welt eine Pionierin für eine fortschrittliche Energiegewinnung sei. Ich erinnere mich nicht, dass es gegen Beznau Widerstand gegeben hat. Aber gegen Kaiseraugst ging es dann in den 70er Jahren richtig los. In den lokalen Komitees gegen Kaiseraugst gab es viele Linke. Die ersten lokalen Anfänge der Grünen reichen auch bis in diese Zeit. Wahrscheinlich gingen viele, die wie ich gegen Kaiseraugst oder Gösgen gekämpft hatten, später zu den Grünen.

Wie erklärst du dir, dass sich eine dermassen gefährliche Technologie durchsetzen konnte und sich bis heute hält? Wieso scheint der Fukushima-Effekt schon wieder verpufft?

Die Atomenergie ist eine Powerenergie, ihr Versprechen war und ist, den grossen Hunger nach Strom jederzeit stillen zu können. Dieses Versprechen hat sie in den letzten 40 Jahren eingelöst! Die Gefährlichkeit dieser Technologie nahm man deswegen irgendwie in Kauf, spielte sie herunter oder blendete sie aus. Dann kam Tschernobyl und der Widerstand gegen die Atomenergie brach auf – bis Gras darüber wuchs. Dann kam Fukushima, der Widerstand erwachte erneut. Er mag jetzt vielleicht nicht mehr so laut sein. Aber laut Umfragen ist eine deutliche Mehrheit in der Schweiz gegen den Bau neuer AKW.

Du warst bei der Lancierung der Initiative vor 5 Jahren mit im Komitee. Wie ist die Initiative entstanden, in welchem Umfeld und was hat dich bewogen, dich dafür zu engagieren?

Nach der Katastrophe von Fukushima wuchs die Einsicht, dass die Risiken der Atomenergie nicht beherrschbar sind und die Pläne für neue AKW, die bereits auf dem Tisch lagen, mussten begraben werden. Damit war aber erst klar, dass es in der Schweiz nie mehr ein neues AKW geben würde. Aber was war mit den alten? Es wuchs das Risiko, diese gefährlichen Schrottmeiler länger als die vorgesehenen 40 Jahre laufen zu lassen. Mit der Atomausstiegsinitiative wollten die Grünen dies verhindern. Denn ein richtiger Ausstieg ist nur mit Laufzeitbeschränkungen zu erreichen.

Braucht es die Initiative noch, immerhin verbietet ja die Energiestrategie 2050 des Bundesrates den Bau von neuen AKW?

Die Energiestrategie verbietet ja nur den Bau neuer AKW, aber sie macht keine Aussage zu den alten Meilern. Alle Versuche, im Parlament Langzeit-Sicherheitskonzepte einzuführen, sind gescheitert. Gut dass es die Initiative gibt, die Nägel mit Köpfen macht und die Laufzeit auf 45 Jahre beschränken will.

Die abgeschalteten AKW hinterlassen doch eine grosse Stromlücke – wie können wir diese Lücke schliessen und woher sollen wir den Ersatzstrom nehmen?

Das konnte man bei der letzten Atomausstiegsinitiative «Strom ohne Atom» im Jahr 2003 mit Fug und Recht noch sagen, aber die Zeiten haben sich gründlich geändert. Heute spricht niemand mehr von der Stromlücke, im Gegenteil, von der Stromschwemme! Es ist

heute technisch problemlos machbar, den Atomstrom mit erneuerbaren Energien und mit Energieeffizienz zu kompensieren.

Die Sonne scheint ja nicht alle Tage, dann werden wir auf importierten Dreckstrom aus Europa angewiesen sein!

Es wird mit Volldampf an der Entwicklung besserer Batterien gearbeitet, damit genügend erneuerbare Energien auch dann zur Verfügung stehen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Zudem haben wir in der Schweiz viel Wasserkraft, welche dann wieder rentabel sein wird, wenn der «billige», marktverzerrende Atomstrom wegfällt.

Sind genügend Gelder im Entsorgungsfond der AKW, um die Stilllegungen finanzieren zu können?

Auf gar keinen Fall, da kommen noch gewaltige Finanzierungsprobleme auf die Allgemeinheit zu. Wieviel Milliarden es schliesslich sein werden, ist ungewiss. Deutschland ist einen Schritt weiter, da werden die ersten AKW schon zurückgebaut und man spricht von einer 54 Milliarden-Rechnung für den Atomausstieg. Egal, wie teuer der AKW-Rückbau und die Endlagerung noch werden: Die Bilanz ist schon jetzt negativ, das zeigen unveröffentlichte Berechnungen. Die Atomkraft hat viele Milliarden mehr gekostet, als sie einbrachte.

Ein Endlager ist weltweit bis heute nicht gefunden. Wie sollen wir dieses Problem lösen?

Es gibt tatsächlich weltweit kein einziges Endlager, ich denke, dass es auch keines je geben wird. Nicht nur wegen dem Widerstand der Bevölkerung, sondern wegen der Geologie. Es gibt den auf Jahrtausende sicheren Ort auf dieser Erde nicht. Deshalb müssen die Abfälle in Zwischenlager kommen, die von Generation zu Generation überwacht werden müssen. Aus den Augen aus dem Sinn funktioniert bei dieser Langzeitgefährdung nicht!

Was sagst du zu den Entschädigungszahlungen die von der AKW-Lobby gefordert werden im Falle einer frühzeitigen Stilllegung?

Das finde ich eine ziemliche Unverfrorenheit: die Stromkonzerne schreiben wegen der unrentablen AKW rote Zahlen! Sie müssen nämlich ihren Atomstrom unter dem Gestehungspreis verkaufen, weil das Geschäftsmodell nicht mehr funktioniert und die erneuerbaren Energien günstig auf den Markt drängen. Und dann soll die Allgemeinheit, die endlich aus dieser gefährlichen Situation aussteigen will, für dieses Verlustgeschäft auch noch zahlen! Eine seltsame Logik, für ein unrentables Geschäft noch Schadenersatz zu verlangen!

Wie beurteilst du die Chancen der Initiative? Was braucht es für ein Ja?

Sie sind intakt! Die Frage ist, ob es uns gelingt, die Angstmacherei, dass wir uns das nicht leisten könnten, gut und glaubhaft zu widerlegen und die Leute dann auch an die Urne zu bringen. Wichtig ist, dass wir auch Leute bis in die bürgerliche Mitte erreichen.

Liebe Cécile, hast du zum Schluss noch einen ganz persönlichen Energiespar-Tipp?

Das Umstellen auf LED-Lichttechnik und das konsequente Abschalten aller elektrischer Geräte in der Nacht haben zu einem spürbaren Rückgang unseres Stromverbrauchs geführt.

Interviewfragen: Peter Bründler
Kampagnen-Koordinator geordneter Atomausstieg

**Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie»
(Atomausstiegsinitiative)**



AUS DEM KANTONSRAT

PANTA RHEI

In der letzten Session im September haben wir einige gewichtige Themen besprochen. Ich möchte auf drei kurz eingehen und unsere Haltung dazu erläutern.

NEUES LUZERNER THEATER, SALLE MODULABLE

Am meisten zu reden gab der Planungskredit für ein neues Luzerner Theater, die Salle Modulable. Für uns unbestritten ist, dass das Luzerner Theater eine neue Infrastruktur braucht und das bestehende Gebäude dringend saniert werden muss. Sei dies eine Totalsanierung, ein Neubau am angestammten Ort oder an einem neuen und geeigneten Standort, welcher in die Strategie einer zukünftigen Stadtentwicklung eingebettet ist. Doch das mit der Botschaft vorgelegte Projekt hatte mehrere Fragen aufgeworfen: Die zeitlichen Vorgaben bzw. die Vereinbarung zwischen Butterfield Trust und Stiftung Salle Modulable, die Fixierung auf den Standort Inseli, die ungeklärte Finanzierung der Bau- und Betriebskosten und am entschiedensten die fehlenden Inhalte des neuen Kulturhauses. Wir Grüne befürworten Investitionen im Kulturbereich und setzten uns schon mehrmals dafür ein, dass 1% der Staatsangaben der Kultur zugutekommen soll. Doch die Nachteile des Standortes, der undemokratischen Vorgaben des Trusts und der Zeitpunkt der Beratung vor der Abstimmung in der Stadt hat eine Mehrheit der Fraktion dazu bewogen zum Kredit Nein zu sagen. Wir werden uns nun klar dafür einsetzen, dass die Planung für ein neues Theater unter Einbezug der freien Szene weitergeht.

PROJEKTIERUNGSKREDIT FÜR EIN NEUES KANTONALES VERWALTUNGSGEBÄUDE AUF DEM SEETALPLATZ

Dieser Kredit hatte im Vorfeld viele Kritiker, ist aber im Rat dann erstaunlich gut bewilligt worden, auch mit den Stimmen der Grünen. Der Seetalplatz bietet dem Kanton die Chance seine, in der Stadt verstreuten, Büros der verschiedenen Departemente an einem Ort zu konzentrieren. Dies spart, nach Berechnung des Kantons, nicht nur Mietzinsen, sondern soll auch die internen Wege und die Kommunikation vereinfachen und verbessern. Trotz miserabler Finanzlage des Kantons, soll es keinen Entwicklungsstopp geben. Die Grünen befürworten die weitere Entwicklung des Standortes Seetalplatz und auch, dass der Kanton dort selber plant und baut und nicht für ein Investorenmodell über die Jahre hinweg wieder viel mehr Geld ausgibt.

HOCHWASSERSCHUTZPROJEKT REUSS

Einmal mehr ist ein Vorstoss für die Sistierung des Projektes eingereicht worden. Das Projekt, welches Massnahmen im Bereich Hochwasserschutz, Renaturierung und Verbesserung der Aufenthaltsqualität vorsieht, ist bereits aufgelegt. Es gab mehrere Einsprachen von Anwohnern, den Umweltverbänden und den Landeigentümern. Die Vorstossenden wollen vor allem die Projektteile für die Renaturierungen streichen, für uns Grüne ein No-Go. Deshalb sind wir froh, dass das Projekt weiter geführt wird. Die Sistierung ist abgelehnt. Doch durch die teilweise Überweisung des Postulates muss der Regierungsrat das Projekt nochmals durch externe Fachleute überprüfen lassen und mögliche Einsparungen umsetzen. Die Kosten des Projektes werden vom Bund mitgetragen, wenn alle drei oben erwähnten Bereiche mitberücksichtigt sind. Der Kanton wird nochmals einige Jahre brauchen, um gute Lösungen mit allen zu finden.

Monique Frey
Kantonsrätin Emmen

INITIATIVE FÜR FAIRE UNTERNEHMENSSTEUERN

ACHTUNGSERFOLG? DER KANTON LEIDET WEITER!

Genau 42,1 Prozent der Stimmenden votierten am 25. September 2016 für die Initiative «Für Faire Unternehmenssteuern», zustimmende Mehrheiten gab es in der Stadt Luzern und in Dierikon, ganz knappe Ablehnung in Adligenswil und sehr überraschend in Altishofen.

FAZIT:

1. In der Stadt lassen sich für zentrale Anliegen von den Grünen und der SP an der Urne Mehrheiten finden.
2. Die Zustimmung für die bürgerlich-getragene Finanzpolitik schwindet auch im Kanton, aber deren Ablehnung ist (vorerst?) nicht mehrheitsfähig.

3. Die Umverteilung der Steuerlasten von den Firmen zu den EinwohnerInnen bleibt (vorläufig?) bestehen, ebenso jene von den Vermögenden bzw. Einkommensstarken.

Bei der anstehenden (Teil-) Revision der Finanz- und Steuerpolitik wird es eine grosse Herausforderung werden, diese Entwicklung auch nur teilweise rückgängig zu machen.

4. Viele EinwohnerInnen werden in den kommenden Wochen feststellen müssen, dass die Umverteilungs- bzw. Sparpolitik auch an ihr Portemonnaie gehen wird. Immerhin: Eine Erhöhung des Steuerfusses träfe auch die Unternehmen und würde Einkommensstarke wegen der Progression stärker belasten.

Hans Stutz
Kantonsrat Luzern

«STEUERERHÖHUNGEN VORS VOLK»?

ÜBERFLÜSSIGE VERHINDERUNGSINITIATIVE

Stand der Dinge: Der Kantonsrat beschliesst jedes Jahr den Voranschlag für das kommende Jahr. Er bewilligt die dafür notwendigen Mittel (=Ausgaben) und legt den Steuerfuss fest. Die drei Entscheide sind kausal miteinander verbunden. Ein fakultatives Referendum ist möglich, wenn der Steuerfuss – wie seit 2014 der Fall – bereits 1,6 Einheiten beträgt und das Parlament eine Erhöhung beantragt.

Initiative: Nun verlangt die SVP mit einer Volksinitiative, dass jede Steuerfusserhöhung obligatorisch zur Volksabstimmung kommen soll. Die Partei begründet dies mit steigenden Ausgaben, denen es einen Riegel zu schieben gelte. In Tat und Wahrheit will die Partei noch mehr Druck für weitere Sparmassnahmen aufbauen können. Veränderungen des Steuerfusses ermöglichen aber die kurzfristige Anpassung der Einnahmen an veränderte finanzielle Bedürfnisse des Staates.

Der SVP-Vorstoss ist aber auch wenig praktikabel, da er – bei beabsichtigten Steuerfusserhöhungen – dazu führen würde, dass die Budget-Debatte des Kantonsrats spätestens im September stattfinden müsste, damit der Kanton zu Jahresbeginn über einen beschlossenen Voranschlag verfügen würde. Nur: Je früher im Jahr ein Budget erstellt wird, desto ungenauer ist es.

Hans Stutz
Kantonsrat Luzern

SVP-Initiative «Steuererhöhungen vors Volk»

NEIN

ZWISCHEN PEST, CHOLERA UND ANDEREM CHABIS

Das grösste Luzerner Sparprogramm kommt diesen Spätherbst ins Parlament. Und dies trotz einer vorgeschlagenen Steuererhöhung. Wie verhält man sich da als Nicht-Regierungspartei? Fraktion und Partei sind gefordert.

Längere Arbeitszeiten für die Angestellten, Kürzungen bei der Bildung, teurere Busbillette, weniger Stipendien und so weiter: Die regierungsrätlichen Vorschläge um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, sind hartes Brot. Sie machen unseren Kanton in vielen Bereichen zum roten Licht in der nationalen Rangliste. Und als ob das noch nicht reichen würde, soll eine Steuererhöhung für alle das Loch mitstopfen.

Eine andere Politik ist möglich – oder wäre es. Luzern hat heute sehr tiefe Steuern für hohe Einkommen und Vermögen. Dort sind wir nicht Schlusslicht, sondern spielen im obersten Drittel mit, gleich wie bei den Unternehmenssteuern. Das Resultat zu dieser Abstimmung gibt nun aber nicht wirklich Schub, um Gutverdienende und Vermögende auch wieder stärker nach ihrer Leistungsfähigkeit zu besteuern.

Versuchen wird es die Fraktion müssen. Denn nur mit Vorschlägen für eine andere Steuerpolitik, die dem Wettbewerb bei Unternehmen und Gutsituierten ein Ende setzt, können die Grünen

glaubwürdige Finanzpolitik weiterbetreiben und vor allem ein Gegenkonzept zu den desaströsen Einschnitten präsentieren. Nur dagegen zu sein reicht nicht.

Darüber hinaus steht der Fraktion und der Partei mit der vorgeschlagenen Steuererhöhung eine schwierige Diskussion an. Sollen die Grünen die Steuererhöhung mittragen, um noch brutalere Abbaumassnahmen zu verhindern? Oder sollen sie auf Widerstand gegen diese Steuerpolitik setzen, die so ganz und gar nicht unsere Politik ist?

Wie formulierte es ein Kantonsrat in der letzten Debatte: «Steuererhöhung oder Neuverschuldung ist wie die Wahl zwischen Pest und Cholera». Bleibt ganz salopp hinzuzufügen, dass die ganze Finanzpolitik ein ziemlicher «Chabis» ist.

Michael Töngi
Kantonsrat Grüne





**JONA
STUDHALTER**



**JONAS
HEEB**

NEUES

CO-PRÄSIDIUM

Die Jungen Grünen erhalten ein neues Co-Präsidium. Eine kleine Vorstellung von Jonas Heeb und Jona Studhalter.

Nach eineinhalb Jahren im Co-Präsidium der Jungen Grünen geben Irina Studhalter und Jana Aregger ihr Amt weiter. Neu werden die Jungen Grünen Kanton Luzern von Jonas Heeb und Jona Studhalter präsiert. Wir wurden an der ausserordentlichen Vollversammlung im Oktober gewählt und übernehmen die Leitung einer kreativen, durchmischten und motivierten Jungpartei.

Doch wer sind wir beide genau?

Jonas Heeb hat im Sommer 2016 die Kantonsschule erfolgreich absolviert und ist aktuell in seinem ersten Zivildienst-Einsatz tätig. Nach dem schlechten Abschneiden der Grünen bei den Nationalratswahlen im Herbst 2015 beschloss er, sich selbst aktiv in die Politik einzugeben um etwas zu verändern.

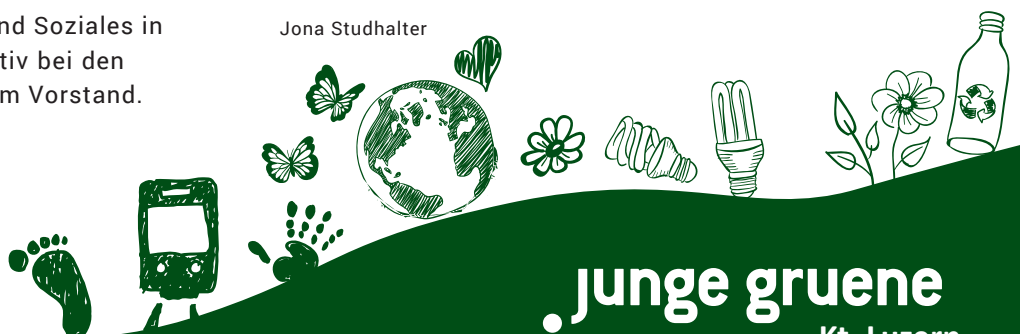
Jona Studhalter hat eine Lehre als Koch gemeistert und ist in den letzten drei Jahren im Beruf tätig gewesen. Seit diesen Sommer besucht er den Berufsmittelschul-lehrgang Fachrichtung Gesundheit und Soziales in Luzern. Jona ist seit fünf Jahren aktiv bei den Jungen Grünen dabei und seit 2013 im Vorstand.

Unser Co-Präsidium besteht also aus einem Frischling und einem alten Hasen: Diese Kombination aus Unbefangenheit und Erfahrung wird das neue Präsidium ausmachen. Jonas setzt sich schon seit längerem mit Rassismus auseinander und so hat er auch seine Maturaarbeit darüber verfasst. Ein Thema, welchem in der aktuellen Zeit immer mehr Beachtung geschenkt werden muss. Als ehemaliger Schüler war er auch von der desaströsen Finanz- und Bildungspolitik in unserem Kanton betroffen, welche ihn zu politischem Aktivismus motivierte.

Die Zeit als Koch im Jugendkulturzentrum Treibhaus hat Jona für die Kulturförderung im Kanton Luzern sensibilisiert. Aber auch die soziale Ungleichheit und die Zerstörung der Natur bewegen ihn dazu, sich politisch zu engagieren.

Die Jungen Grünen Kanton Luzern können also auf ein motiviertes und aktives Co-Präsidium setzen, was perfekt zu der Jungpartei passt.

Jona Studhalter



NEWS AUS EMMEN

ILLYA ARNET-CLARK IST UNSERE NEUE EMMER EINWOHNERRÄTIN



Illya ist in den USA aufgewachsen, hat in der Schweiz ihre Liebe gefunden, und lebt nun seit über dreissig Jahren mit Ehemann und drei Söhnen hier. Sie hat uns mehrmals bei unseren Wahlkampagnen in der Gemeinde und im Kanton unterstützt. Diesmal hat es geklappt. Zu Beginn wird es noch einige Terminabstimmungen zwischen ihrem beruflichen Engagement als Englischdozentin an der PH Schwyz und den Fraktions- und Einwohnerratssitzungen geben. Und die Einarbeitung in die verschiedenen Themen ist zeitintensiv. Doch Illya wird bald richtig im Einwohnerrat ankommen und hoffentlich ein paar US-Bonmots einfließen lassen. Endlich ist auch der Einwohnerrat Emmen internationaler. Dies auch mit den beiden neuen SP Einwohnerräten Brahim Aakti und Bujar Berisha.

Monique Frey
Parteipräsidentin Grüne Emmen

Die Grünen sind mit einem zusätzlichen Sitz in die neue Legislatur in Emmen gestartet. Am 20. September ist mit den drei bisherigen, Andreas Kappeler, Jana Aregger und Patrick Graf neu auch Illya Arnet-Clark vereidigt worden.

CHRISTOPH NIEDERBERGER VERTRITT UNS NEU IN DER BÜRGERRECHTSKOMMISSION



Christoph ist in Emmen aufgewachsen und nach einer Familienzeit auswärts nun wieder hier ansässig. An seinem Arbeitsplatz als Informatiker bei Schindler, sowie auch in seinem privaten Umfeld, hat er mit verschiedensten Nationalitäten zu tun. Er kennt ihre persönlichen und beruflichen Herausforderungen bestens und ist überzeugt, dass die Einbürgerung zu einem Verwaltungsakt werden muss.

Ich wünsche unseren beiden neuen Grünen AmtsträgerInnen alles Gute, spannende Themen und auch die nötige Frustrationstoleranz.

Monique Frey
Parteipräsidentin Grüne Emmen

Erstmals sind die Grünen mit Christoph Niederberger in der Bürgerrechtskommission Emmen vertreten. Seit Bestehen der Kommission hatte die SP zwei Sitze, wir keinen. Mit einer starken Liste haben wir diesen einen Sitz geschafft. Ziel war es, total drei Sitze von linker Seite zu besetzen. Leider hats nicht gereicht.

BYPASS-SO-NICHT → ZUNAHME VERKEHR

In Kriens regt sich der Widerstand gegen das irrsinnige ByPass-Autobahn-Projekt. Auch dank grüner Vermittlung haben sich nun alle Krienser Parteien in einem Komitee zusammengeschlossen und eine Petition gegen das Strassenprojekt lanciert.

Neben vielen anderen Faktoren kommt mit dem Projekt Bypass etwas Gewaltiges auf Kriens zu und das im wahrsten Sinn des Wortes. Der zu erwartende Mehrverkehr wird schöngeredet. Zitat von der Projekt-Homepage Bypasslu.ch: «Durch den Tunnel Bypass wird kaum Neuverkehr erzeugt!»

Tatsache ist: Kriens hat schon heute ein Verkehrsproblem!

Dieses wird mit dem Bau des Bypasses massiv verschärft. Es ist auch eine Tatsache, dass mit jedem Ausbau der Strasse auch mehr Verkehr generiert wird.

Das Komitee konnte sein Anliegen in einer Gesprächsrunde mit dem zuständigen Regierungsrat darlegen. Leider ohne grossen Erfolg. Es kann doch nicht sein, dass eine Agglo-Stadt mit 27'000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei so einem Projekt vom Kanton im Regen stehen gelassen wird. Vor allem der Kanton ist hier in der Pflicht und hat die Interessen der betroffenen Bürger zu wahren. Alles andere ist schlicht undemokratisch.

Auch ein bisschen mehr Opposition von Seiten der Stadt Luzern wäre wünschenswert und hilfreich. Denn die Auswirkung dieser zusätzlichen Stadtautobahn wird für die gesamte Region Luzern negative Auswirkungen haben.

Alle Parteien von Kriens finden es richtig und wichtig, dass der Kanton und das ASTRA als Bauherrin ihre Hausaufgaben machen und ein umfassendes Verkehrskonzept erarbeiten. So dass die Krienser Verkehrsprobleme auch mit dem kommenden Zusatzverkehr nachhaltig gelöst oder zumindest nicht verschlimmert werden.

Die Krienser Politik wehrt sich gegen das vorliegende Projekt mit grosser Beharrlichkeit. Das Unterschreiben der Petition ist allen BürgerInnen möglich. Darum Unterschreiben bitte auch sie die Petition! Nur mit vielen Unterschriften kann der Druck gegen eine solche, nicht zukunftsorientierte Lösung aufrecht gehalten werden.

Nähere Infos und Online-Petition unter www.bypass-so-nicht.ch

Falls die bürgerlichen Parteien nach den ersten Projektanpassungen ihren Widerstand aufgeben. Die Grünen Kriens setzen sich weiter für eine zukunftsorientierte Lösung für Kriens und gegen eine Verschärfung des Verkehrsproblems ein.

Bruno Bienz
Einwohnerrat / Fraktionschef Grüne Kriens

ANZEIGE

ab 27. Oktober
UN JUIF POUR L'EXEMPLE
von Jacob Berger

stattkino Luzern
Bourbaki Panorama
Reservierungen:
041 410 30 60

ab 27. Oktober
L'ÉCONOMIE DU COUPLE
von Joachim Lafosse

s t a t t k i n o

ab 17. November
EVA HESSE
von Marcie Begleiter

ab 24. November
WOLF AND SHEEP
von Shahrbanoo Sadat

10. bis 16. November 2016
15. PinkPanorama
www.pinkpanorama.ch

ab 17. November
**PETER HANDKE – BIN IM WALD.
KANN SEIN, DASS ICH MICH VERSPÄTE ...**
von Corinna Belz

ab 1. Dezember
**MAPPLETHORPE –
Look at the pictures**
von Fenton Bailey & Randy Barbato

ab 8. Dezember
**HIERONYMUS BOSCH –
The Garden of Dreams**
von José Luis López-Linares

ab 15. Dezember
**BEING THERE –
Da sein**
von Thomas Lüchinger

ab 22. Dezember
TANNA
von Bentley Dean und
Martin Butler

ab 22. Dezember
SETTE GIORNI
von Rolando Colla

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm www.stattkino.ch

NEUE ORTSGRUPPE BEROMÜNSTER

EIN NEUER «TREAD» DER GRÜNEN – WIR HOFFEN AUF GUTES GELINGEN!



Am 21 November trifft man sich in Beromünster. Um 18.30 Uhr im Foyer des Stiftstheaters gründet sich die Ortsgruppe Beromünster. Drahtzieher des Projekts sind Julian Büchler und Anais Treadwell. Wer sind die beiden und weshalb trifft man sich in Beromünster an diesem Montag?

Julian Büchler ist 19 Jahre alt und hat eben die Kantonschule abgeschlossen. Zur Zeit arbeitet er in einem Bioladen «Il ultimo Bacio» in Zürich und macht ein Praktikum in einem Design Atelier. Für seinen anstehenden Zivildienst möchte er sich ein Engagement im sozialen Umfeld suchen.

Seine, etwas jüngere, Mitstreiterin, Anais Treadwell, hat noch ein Jahr Kantonsschule vor sich, ehe sie ihr Engagement ausweiten kann.

Der Wegzug nach Zürich, war für Julian ausschlaggebend, die Ortsgruppe zu gründen. Nach den letzten Wahlen, bei denen er lediglich zwischen Kandidaten aus CVP, SVP und FDP wählen konnte, wollte er nicht, wie der letzte Mohikaner, aus Beromünster verschwinden, sondern er wollte im Gegenteil manifestieren, dass sein Wegzug nicht als Flucht oder als «ultimo bacio» verstanden werden soll.

Ich habe habe Julian gefragt, wo er besonderen, politischen Handlungsbedarf in Beromünster erkennt.

Die Antwort kam prompt: «Es kann nicht sein, dass weiterhin Happy Meal Packungen von MacDonald auf den Kuhwiesen liegen. So städtisch veganes Essen den Menschen auf dem Lande erscheint, so weltfremd ist eine Kuh mit einer, als Happy Meal verpackten, Artgenossin auf der grünen Matte», meinte er zynisch.

Obwohl er die Kühe vegetarisch belassen möchte, liegt ihm am Herzen, den Menschen veganes Essen etwas vertrauter zu machen.

«Fleischloses Speisen ist keine Bedrohung, es geht nicht um Weltherrschaft,

sondern lediglich darum zu zei-

gen, dass man auch «Grünes» schmackhaft zubereiten kann!» meint Julian abschliessend. Hoffen wir, dass ihm das gelingt und er, als jetziger «Städter», den Menschen, die er erreichen will, nicht zu «fremd» geworden ist. Die Ortsgruppe Beromünster kann in Zukunft diese Brücke darstellen. Wir danken Julian und Anais für Ihr Engagement und wünschen ihnen viel Erfolg. Unsere Unterstützung haben sie!

Philippe Goeldlin
politischer Sekretär Grüne LU



Die Neugründung der Grünen Ortspartei Beromünster wird vom kantonalen Vorstand mit 500 Franken Startkapital aus dem Fonds der Grünen Lounge unterstützt: grune-luzern.ch/lounge

SEKRETARIAT

NEUBESETZUNG SEKRETARIATSSTELLE

Nach fünf Jahren engagierter Arbeit auf dem Sekretariat der Grünen Luzern, sucht Andreas Kappeler im Frühling 2017 eine neue Herausforderung.

Das Co-Präsidium startet nun die Suche nach einer Nachfolge und freut sich über Bewerbungen von Parteimitgliedern oder die Weiterempfehlung der Stelle an engagierte Kandidatinnen und Kandidaten.

Das Sekretariat der Grünen Kanton Luzern ist die Kommunikationsschnittstelle der Partei. Es sorgt für die Kommunikation nach innen (Kontakt zu Mitgliedern, Gremien und Parteipersonen) und nach aussen (Bevölkerung und Medien). Das Sekretariat ist Dienstleistungs- und Anlaufstelle für Mitglieder, Gremien, Fraktionen, andere Parteien und Gruppierungen, Behörden sowie die Öffentlichkeit und das administrative Zentrum der Partei.

Für unser engagiertes Sekretariatsteam suchen wir per 1. März 2017 oder nach Vereinbarung eine/n

POLITISCHE/N SEKRETÄR/IN (40%)

HAUPT-AUFGABENBEREICH

- Sie unterstützen das Sekretariat in administrativen und organisatorischen Belangen, wie die tägliche Korrespondenz, die Betreuung der Webseite, Versände und Telefondienst.
- Sie bereiten die Sitzungen der Geschäftsleitung und des kantonalen Parteivorstands vor, nehmen daran teil und übernehmen die Protokollführung.
- Sie planen und koordinieren die Produktion und den Versand von Werbematerialien für Abstimmungs- und Wahlkampagnen.
- Sie organisieren und koordinieren Kampagnen und Unterschriftensammlungen.
- Sie unterstützen administrativ und betreuen die Orts- und Arbeitsgruppen.
- Sie haben die Mitverantwortung für die Redaktions- und Produktionsprozesse des Rundbriefes (Mitteilungsmagazin der Grünen).
- Sie sind zuständig für den Aufbau, die Begleitung und Mitarbeit in überparteilichen Komitees sowie für die Zusammenarbeit und Kontakte zu Behörden, Parteien und anderen Gruppierungen.

ANFORDERUNGEN

- Sie haben grosses Interesse an Grüner Politik und engagieren sich für die Ziele der Partei.
- Sie bringen Erfahrung im kaufmännischen und/oder Freiwilligen-Arbeit-Bereich (Management von Freiwilligenarbeit) mit.
- Sie bringen gute Kenntnisse in Strategien der politischen Kampagnenführung mit.
- Sie sind eine initiative und kommunikative Persönlichkeit, arbeiten selbständig, exakt und zuverlässig und sind bereit, Ihre Arbeitsweise dem manchmal hektischen politischen Betrieb anzupassen.
- Sie organisieren und koordinieren gerne und mit Flair.
- Sie sind belastungsfähig und zeitlich flexibel (Abend- und Samstagseinsätze möglich).
- Sie verfügen über einen guten und korrekten schriftlichen Ausdruck und die Arbeit mit Office-Programmen ist Ihnen vertraut.
- Kenntnisse über IT-Infrastruktur, Grafik-Programme, Webseitenbetreuung und Kenntnisse in Strategien im Online-Campaigning (Facebook, Twitter) würden uns freuen.

WEITERE AUSKÜNFT ERHALTEN SIE BEI:

Maurus Frey, Co-Präsident, maurus.frey@gruene-luzern.ch, 078 778 86 77

Katharina Meile, Co-Präsidentin, katharina.meile@gruene-luzern.ch, 076 547 58 87

BEWERBUNG

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, senden Sie bitte Ihre Bewerbungsunterlagen bis 27. November 2016 elektronisch an bewerbung@gruene-luzern.ch.

AGENDA



NOVEMBER 2016

Sa, 05.11.2016, 09:00 Uhr | Helvetiaplatz, Luzern
Standaktion geordneter Atomausstieg

Mo, 07.11.2016, 19:00 Uhr | Sekretariat Grüne Luzern
Kantonale Vorstandssitzung

Sa, 12.11.2016, 09:00 Uhr | Theaterplatz, Luzern
Standaktion geordneter Atomausstieg

Sa, 19.11.2016, 09:00 Uhr | Pilatusstrasse, Luzern
Standaktion geordneter Atomausstieg

Mo, 21.11.2016, 19:15 Uhr | Sekretariat Grüne Luzern
Städtische Vorstandssitzung

So, 27.11.2016
Abstimmungssonntag

Mo, 21.11.2016, 19:30 Uhr | Foyer Stiftstheater
Gründung der Grünen Ortspartei Beromünster

Mo, 28.11.2016, 19:00 Uhr | Sekretariat Grüne Luzern
Kantonale Vorstandssitzung

DEZEMBER 2016

Mo, 12.12.2016, 19:15 Uhr | Sekretariat Grüne Luzern
Städtische Vorstandssitzung

Mi, 14.12.2016
Dankbar

Mo, 19.12.2016, 19:00 Uhr | Sekretariat Grüne Luzern
Kantonale Vorstandssitzung

PAROLEN

BUND

**Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie»
(Atomausstiegsinitiative)**

JA

KANTON

Volksinitiative «Steuererhöhung vors Volk!»

NEIN

